

Für Besuch London

Dienst für Weltwirtschaftsfragen

Bern, den 25. Oktober 1978

Notiz an Herrn Direktor P.R. Jolles

Thail. 821.0 AVA - Ly/bn

Investitionsschutzabkommen Thailand :  
Schwierigkeiten wegen Grossbritannien

Grossbritannien hat vor einiger Zeit mit Thailand ein bilaterales Investitionsschutzabkommen (ISA) paraphiert, das auf dem Gebiet des Transfers der laufenden Erträge wesentliche Zugeständnisse enthält <sup>1)</sup>, indem der Grundsatz des freien und uneingeschränkten Transfers dadurch relativiert wird, dass es jeder Vertragspartei freisteht, Einschränkungen der Transferfreiheit einzuführen, die dem Investor im Zeitpunkt der Investition nicht bekannt waren. Nach britischer Aussage soll diese Lösung namentlich deshalb getroffen worden sein, um den britischen Interessen an einem Offenlassen der Möglichkeit künftiger Transferbeschränkungen im Verkehr mit Grossbritannien Rechnung zu tragen.

- 1) "Each Contracting Party shall guarantee to the nationals and companies of the other Contracting Party the free transfer of the capital of, and the returns from, their investments, subject to its right to exercise equitably and in good faith powers conferred by its laws and consistent with its rights and obligations as a Member of the International Monetary Fund."

In den Verhandlungen mit uns beharrt nun Thailand auf einer Formulierung des Artikels über die Transferbestimmungen, die dem britischen ISA entspricht. Es ist dies insofern verständlich, als eine liberalere Lösung im Abkommen mit der Schweiz auf Grund der Meistbegünstigungsklausel den britischen Investoren in Thailand die gleichen Rechte einräumen würde, wie sie die Schweizer in Anspruch nehmen könnten, ohne Gegenseitigkeit in bezug auf thailändische Investitionen in Grossbritannien.

Wir haben uns bis jetzt konsequent geweigert, Einschränkungen im freien Transfer der laufenden Erträge, Amortisationen, Lizenzgebühren, usw. zuzugestehen. Dieselbe Haltung vertreten wir zur Zeit in den New Yorker Verhandlungen über einen UNO-Verhaltenskodex für multinationale Gesellschaften und sind dabei bei den Entwicklungsländern auf ein gewisses Verständnis gestossen. Im Falle Malaysia <sup>und Singapur</sup> haben wir erstmals für den Transfer von umfangreichen Liquidationserlösen einer zeitlichen Staffelung auf höchstens 5 Jahre zugestimmt, falls die Zahlungsbilanzlage einen sofortigen Transfer nicht zulässt (vgl. Beilage).

Seit einiger Zeit mehren sich die Fälle, in denen sich die bilateralen Unterhändler aus Industrieländern bei ihren Verhandlungen über ISA mit Entwicklungsländern gegenseitig in die Quere kommen. Das ist namentlich darauf zurückzuführen, dass die Entwicklungsländer immer weniger bereit sind, ein "klassisches" ISA liberaler Prägung abzuschliessen. Erschwerend kommt hinzu, dass neben den "orthodoxen Spitzenreitern" Bundesrepublik und die Schweiz weitere Industrieländer, die unter anderem wegen ihrer schlechten Zahlungsbilanzlage restriktiv sind, beginnen, das deutschschweizerische Vorbild zu imitieren (Grossbritannien, Frankreich und in neuester Zeit auch Holland und Schweden).

Wir hätten deshalb ein Interesse an einer engeren Zusammenarbeit mit diesen Ländern, nicht zuletzt, um eben unsere Verhandlungstätigkeit erschwerende Eskapaden soweit wie

- 3 -

möglich zu verhindern. Es wäre naheliegend, dies im OECD-Rahmen zu tun, doch lehnen sich die EG-Länder dagegen auf, weil sie befürchten, dass durch eine derartige Multilateralisierung eine "Vergemeinschaftung" provoziert wird. Deshalb haben wir auch auf deutschen Wunsch hin eingewilligt, mit Bonn in bilaterale Konsultationen einzutreten, die erstmals vor Monatsfrist stattgefunden haben. Die USA, die seit einiger Zeit ebenfalls daran sind, ein ISA-Programm zu entwickeln, haben uns ersucht, mit ihnen Konsultationen über ein ISA mit Singapur zu führen, und ich werde zu diesem Zweck anfangs nächster Woche in Paris mit Chuck Meissner zusammentreffen.

\*                    \*  
\*                    \*

Im Einvernehmen mit Botschafter Jacobi wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie anlässlich Ihres Besuches in London mit Herrn Butler, der für die ISA-Politik Grossbritanniens zuständig sein soll, die beiden erwähnten Fragen erörtern könnten :

- Möglichkeit einer Verschärfung der Transferbestimmungen im kommenden ISA UK-Thailand;
- Grundsätzliche Zustimmung zur Idee, versuchsweise bilaterale Konsultationen zwischen Grossbritannien und der Schweiz über bilaterale (und eventuell multilaterale) Investitionsprobleme durchzuführen; diese könnten beispielsweise in der ersten Jahreshälfte 1979 stattfinden.

Dienst für Weltwirtschaftsfragen

*Ph. Liny*

./.

Beil. erw.

Kopie : (ohne Beilage)

Schweiz. Botschaft, London

HH. Ja, Mo, Lu, An/Jag, Schä, Mt, Ly